

Stadt Schöppenstedt
I-Mar/Ba

Niederschrift

über die

**öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schöppenstedt Nr. R
St17/003**

vom **06.03.2012**

Sitzungsort: Schöppenstedt, Rathaus, großer Saal, 2. OG

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 20:45 Uhr

Anwesend sind:

SPD-Fraktion

Rüdiger Bobka
Marcus Bosse
Hannelore Cleve
Andrea Föniger
Frank Gent
Peter Haller
Karl-Heinz Mühe
Dirk Petersen
Petra Schmidt
Ulrich Warnecke

CDU-Fraktion

Siegfried Adler
Hartwig Behrens
Maik Görlitz
Marianne Marschall
Klaus Singelmann

Verwaltung

Ruth Naumann
Detlev Prescher
Jörg Markworth

zu Pt. 1 - 4 und Pt. 13 d. TO
(20:05 Uhr)
zugleich als Protokollführer

Vorsitz: Karl-Heinz Mühe

Es fehlen:

SPD-Fraktion

Heike Schwarz

CDU-Fraktion

Klaus Künne

Gäste:

Besucher: 3

Pressevertreter: 1_

Ergebnis der Sitzung:

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1.: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Mühe eröffnet die Sitzung und stellt unter Begrüßung der Anwesenden die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 2.: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Herr Mühe teilt mit, dass die Verwaltung gebeten habe, den Punkt 13 im Anschluss an den Punkt 4 zu beraten, weil der Kämmerer noch einen anderen Termin wahrnehmen müsse, zu diesem Punkt aber als Berichterstatter vorgesehen sei.

Herr Behrens bittet um Erweiterung der Tagesordnung um einen neuen Punkt 16 „Benennung weiterer Ratsausschussmitglieder (Hinzugewählte)“. Die bisherigen Punkte 16 - 18 werden nunmehr die Punkte 17 - 19.

Herr Mühe stellt die Veränderung der Tagesordnung in der vorbeschriebenen Weise fest, ohne dass sich die Reihenfolge der Protokollierung dadurch ändert.

Zu Punkt 3.: Genehmigung der Niederschrift über die 2. Sitzung des Rates der Stadt vom 22.11.2011

Beschluss:

Die Niederschrift über die 2. Sitzung des Rates der Stadt vom 22.11.2011 wird in Form und Fassung genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 4.: Resolution des Rates zum Thema Asse II
--

Ohne RDS

VA 17/004 vom 21.02.2012, Pt. 15 d. TO

Herr Bosse teilt einleitend mit, dass kürzlich verschiedene Kommunen im Landkreis Wolfenbüttel eine sinngemäß gleichlautende Resolution einvernehmlich verabschiedet haben. Hintergrund sei die große Sorge um das Atommülllager ASSE II. Hinsichtlich der Rückholung atomarer/chemotoxischer Abfälle habe es in den letzten 2 Jahren eine nicht hinnehmbare Verzögerungstaktik gegeben. Er bringt seine Hoffnung darüber zum Ausdruck, dass dies unter der Leitung des neuen Niedersächsischen Umweltministers besser werde. Nach seiner Auffassung gebe es für die Lagerung der atomaren Abfälle keine ungünstigeren Voraussetzungen als im ASSE-Schacht. Nachfolgend gibt er eine kurze Zusammenstellung über notwendige Schritte, die schnellstmöglich, ohne weiteren Zeitverlust, eingeleitet bzw. umgesetzt werden müssen. Mittlerweile liegt der tägliche Lagenzutritt bei rund 12 Kubikmeter, noch mehr würde die Beherrschbarkeit der Situation weiter gefährden.

Herr Bosse teilt ergänzend mit, dass der Bundesumweltminister, Dr. Norbert Röttgen, am kommenden Montag in das Atommülllager ASSE II einfahren und mit einem ausgewählten Personenkreis das weitere Vorgehen erörtern werde. Dies reiche nach seiner Ansicht keinesfalls aus. Vielmehr sollte sich der Minister auch den Befürchtungen und Fragen der betroffenen Bevölkerung stellen. Die hiesige Region sei ohnehin schon stark belastet. Schöppenstedt müsse durch diese Resolution in Hannover und Berlin „Flagge“ zeigen.

Herr Behrens berichtet über die gestrigen intensiven Beratungen in seiner Fraktion. Da die Resolution in den drei Spiegelstrichen des ersten Teils von Unterstellungen ausgehe, die so nicht mitgetragen werden können, bittet Herr Behrens, einen Beschluss zunächst zurückzustellen. Die CDU-Fraktion habe ein eigenes Konzept erarbeitet, welches er als nüchterner und sachlicher bezeichnet. Nach erneuter Beratung könnte dann ein Beschluss über den textlichen Inhalt der Resolution erfolgen.

Herr Bosse traut seinen Ohren nicht zu glauben und nimmt erneut Stellung zu den Inhalten der von Herrn Behrens genannten drei Spiegelstriche. Er bekräftigt die Richtigkeit der dort niedergelegten Aussagen und bringt zum Ausdruck, dass die Kri-

tik der CDU-Fraktion hinsichtlich der bereits verlorenen Zeit nicht verständlich sei. Weitere Schritte zur Sicherung des Atommülllagers ASSE II seien unverzüglich erforderlich.

Herr Singelmann übernimmt für die Dauer der nachfolgenden Stellungnahme Herrn Mühes die Leitung der Sitzung.

Herr Mühe stellt klar, dass sich der Rat bei solch brisanten Themen nicht erlauben könne eine Entscheidung für rund 2 Monate bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen. Eine zusätzliche Sitzung eigens für diesen Punkt könne sich die Stadt ebenfalls nicht leisten. Er schildert sodann den Beratungsgang seit Einbringung des entsprechenden Antrages durch die SPD-Fraktion am 21.02.2012 im Zuge der VA-Sitzung. Erst heute wurden die obigen Kritikpunkte der CDU-Fraktion durch Herrn Behrens bekannt gegeben, sodass für die SPD-Fraktion keine Zeit bestand sich entsprechen darauf einzustellen bzw. vorzubereiten. Er bittet, künftig Änderungswünsche frühzeitiger mitzuteilen.

Hinsichtlich des Besuchs des Bundesumweltministers am kommenden Montag teilt Frau Naumann mit, dass bei dieser Gelegenheit die angesammelten Unterschriftenlisten sowie die Resolution des Rates überreicht werden sollen. Um zu signalisieren, dass der Rat hinter der Resolution stehe, bittet sie um möglichst zahlreiche Präsenz der Ratsmitglieder, soweit dies zeitlich möglich ist. Gleichzeitig solle hierdurch unterstrichen werden, dass unserer Bevölkerung dieses Thema sehr wichtig ist. Es sei vorgesehen, dass Endlagerinstitut in Bonn anzusiedeln. Dies sei keinesfalls hinnehmbar, sodass auch hier in Kürze noch etwas unternommen werden müsse, um eine Ansiedlung in Niedersachsen zu erreichen.

Nachdem Herr Behrens für die CDU-Fraktion erklärt hat, dass sie der Resolution zustimme, wenn die im ersten Teil befindlichen drei Spiegelstriche gestrichen werden, weist Herr Mühe darauf hin, dass die SPD-Fraktion signalisiert habe, heute eine Entscheidung herbeizuführen, jedoch den Resolutionstext unverändert zu belassen.

Herr Adler teilt mit, dass er sich erst gestern den Resolutionstext ansehen konnte. Er bezeichnet den Inhalt der Resolution als einseitig. Auch sollten hiermit keine Schuldzuweisungen getroffen und Zitate wiedergegeben werden. Einer Resolution in dieser Form könne er nicht zustimmen.

In einer sich anschließenden kurzen Debatte, an der sich insbesondere die Ratsmitglieder Petersen, Bobka und Bosse beteiligen, werden nochmals die Gründe zur Notwendigkeit zur Verabschiedung einer Resolution mit dem vorliegenden Wortlaut genannt und bekräftigt.

Frau Naumann ergänzt, dass auch der Beirat ASSE II überparteilich arbeite und dementsprechend quer durch die Politik be-

setzt sei. Auch hier bestand Einvernehmen über den Inhalt der angesprochenen drei Spiegelstriche, wenn auch nicht wortgleich.

Abschließend stellt Herr Mühe heraus, dass der Verein AufPASSEN erst auf die gegebene Situation im Atomülllager ASSE II hingewiesen und Bevölkerung sowie Politik wachgerüttelt habe. Die Räte seien nunmehr verpflichtet, sich mit dieser Situation zu befassen. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen lässt Herr Mühe wie folgt abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schöppenstedt beschließt die dieser Niederschrift beigefügte Resolution.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
Ja 10 Nein 5

Zu Punkt 5.: **1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Zuckerfabrik-Altenau";**
hier: Beratung und Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Belange

RDS-Nr. St17/014 vom 20.10.2012
Aussch.Bau,Plan,Umwelt,Klimasch.17/001,16.02.2012,Pt.6 d.TO
VA 17/004 vom 21.02.2012, Pt. 6 d. TO

Berichterstatter: Herr Bobka

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schöppenstedt beschließt die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Belange so, wie es sich aus der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage ergibt. Die Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erfolgt gem. § 1 Abs. 7 und § 1a Abs. 2 Satz 3 BauGB.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 6.: **1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Zuckerfabrik-Altenau";**
hier: Satzungsbeschluss

RDS-Nr. St17/015 vom 20.10.2012
Aussch.Bau,Plan,Umwelt,Klimasch.17/001,16.02.2012,Pt.7 d.TO

Berichterstatter: Herr Bobka

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schöppenstedt beschließt nach Prüfung der eingegangenen Stellungnahmen gem. § 3 (2) i.V.m. § 4 (2) BauGB den Entwurf der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Zuckerfabrik-Altenau“ bestehend aus Planzeichnung und Begründung als Satzung.

Gem. § 13 Abs. 3 BauGB wird von einer Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB, von einem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche umweltbezogenen Informationen verfügbar sind, abgesehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 7.: Erlass einer Einbeziehungssatzung gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 i.V.m. § 13 Baugesetzbuch (BauGB) im Ortsteil Eitzum;
hier: Beratung und Abwägung der im erneuten Auslegungsverfahren gem. § 4a (3) i.V.m. § 3 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen

RDS-Nr. St17/022 vom 18.01.2012

Aussch.Bau,Plan,Umwelt,Klimasch.17/001,16.02.2012,Pt.4 d.TO

VA 17/004 vom 21.02.2012, Pt. 4 d. TO

Berichterstatter: Herr Bobka

An der Beratung und Abstimmung über den heutigen Beschluss nimmt Frau Cleve nicht teil.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schöppenstedt beschließt die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung gem. § 3 (2) i.V.m. § 4a (3) BauGB eingegangenen Stellungnahmen so, wie es sich aus der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage ergibt. Die Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erfolgt gem. § 1 (7) und § 1a (2) Satz 3 BauGB.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 8.: Erlass einer Einbeziehungssatzung gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 i.V.m. § 13 Baugesetzbuch (BauGB)

**im Ortsteil Eitzum;
hier: Satzungsbeschluss**

RDS-Nr. St17/023 vom 20.01.2012
Aussch.Bau,Plan,Umwelt,Klimasch.17/001,16.02.2012,Pt.5 d.TO
VA 17/004 vom 21.02.2012, Pt. 5 d. TO

Berichterstatter: Herr Bobka

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schöppenstedt beschließt nach Prüfung der eingegangenen Stellungnahmen gem. § 3 (2) i.V.m. § 4a (3) BauGB den Entwurf der Einbeziehungssatzung, bestehend aus Satzungstext, Planzeichnung, Begründung und landschaftspflegerischem Fachbeitrag als Satzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 9.:	<p>4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Am Papenberge" und 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Lindenberg" in der Kernstadt Schöppenstedt; hier: Beratung und Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden gem. § 3(2) und § 4 (2) BauGB vorgebrachten Belange</p>
--------------	---

RDS-Nr. St17/027 vom 06.02.2012
Aussch.Bau,Plan,Umwelt,Klimasch.17/001,16.02.2012,Pt.8 d.TO
VA 17/004 vom 21.02.2012, Pt. 8 d. TO

Berichterstatter: Herr Bobka

Frau Schmidt schildert die Haltung der SPD-Fraktion zu diesem Thema. Insbesondere stellt sie heraus, dass es Bauwilligen ermöglicht werden müsse, ihr Heim nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Hierzu sei eine zeitgemäße und fortschrittliche Gestaltung des Bebauungsplanes notwendig.

Herr Adler bekräftigt dem entgegen die bereits in der Fachausschusssitzung dargelegte Haltung der CDU-Fraktion, wonach keine bunten Dächer gewollt seien, um das Ortsbild nicht optisch nachteilig zu beeinträchtigen. Die mit der Änderung des Bebauungsplanes einhergehenden Kosten könnten aus Sicht der CDU-Fraktion eingespart werden, da alles unverändert bleiben sollte.

Nachdem die Herren Bobka und Petersen kurz Stellung zu der Einlassung von Herrn Adler genommen haben teilt Herr Mühe mit,

dass er Gesprächen mit Bauwilligen entnehmen konnte, dass diese nicht in Schöppenstedt bauen, wenn die Vorgaben des Bebauungsplanes nicht gelockert werden. Derzeit stünden noch rund 40 Bauplätze zur Verfügung, die bei Anpassung des Bebauungsplanes sicherlich leichter vermarktet werden können.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schöppenstedt beschließt die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Belange so, wie es sich aus der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage ergibt. Die Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erfolgt gem. § 1 Abs. 7 und § 1a Abs. 2 Satz 3 BauGB.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja 10 Nein 5

Zu Punkt 10.: 4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Am Papenberge" und 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Lindenberg" in der Kernstadt Schöppenstedt;
hier: Satzungsbeschluss

RDS-Nr. St17/028 vom 06.02.2012

Aussch.Bau,Plan,Umwelt,Klimasch.17/001,16.02.2012,Pt.9 d.TO

VA 17/004 vom 21.02.2012, Pt. 9 d. TO

Berichterstatter: Herr Bobka

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schöppenstedt beschließt nach Prüfung der eingegangenen Stellungnahmen gem. § 3 (2) i.V.m. § 4 (2) BauGB den Entwurf der 4. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Am Papenberge“ und der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Lindenberg“ in der Kernstadt Schöppenstedt bestehend aus Planzeichnung und Begründung als Satzung.

Gem. § 13 Abs. 3 BauGB wird von einer Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB, von einem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche umweltbezogenen Informationen verfügbar sind, abgesehen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja 10 Nein 5

Zu Punkt 11.: Einziehung eines Teilstückes der Gemeindefraße "Im Winkel" im OT Eitzum

RDS-Nr. St17/031 vom 10.02.2012
VA 17/004 vom 21.02.2012, Pt. 13 d. TO

Berichterstatterin: Frau Schmidt

Herr Behrens signalisiert, dass die CDU-Fraktion keine Einwendungen gegen den Beschlussvorschlag hätte, wenn für die Stadt die angegebenen Kosten für den Erwerb und die Vermessung der öffentlichen Teilflächen nicht entstünden.

Herr Bobka verweist unter Bezugnahme auf die Vorberatungen im Verwaltungsausschuss auf die Androhung eines Gerichtsverfahrens. Unter diesem Aspekt habe sich die SPD-Fraktion dafür entschieden, für die Belange des Bürgers zu stimmen.

Nachdem Herr Behrens aufgezeigt hat, dass Bürger auch Steuerzahler seien, verdeutlicht Frau Naumann erneut, dass die Stadt die Kosten dieser öffentlichen Fläche mit dem Verkauf an die Wolfenbütteler Baugesellschaft damals schon erhalten habe und sie nun quasi lediglich zurückkaufe.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schöppenstedt beschließt, das in der Anlage blau gekennzeichnete Teilstück der im Straßenbestandsverzeichnis für den Ortsteil Eitzum unter laufender Nummer 11 als öffentliche Straße ausgewiesenen Gemeindefstraße „Im Winkel“ gem. § 8 Absatz 1 Satz 1 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG) in der zur Zeit geltenden Fassung mit Wirkung vom 01.08.2012 als öffentliche Straße einzuziehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja 10 Nein 5

Zu Punkt 12.: Beschluss über die Jahresrechnung 2010 (§ 101 NGO)

RDS-Nr. St17/016 vom 10.11.2011
VA 17/002 vom 13.12.2011, Pt. 6 d. TO

Berichterstatterin: Frau Schmidt

Über ihre Berichterstattung hinaus dankt Frau Schmidt der Verwaltung für die stets korrekte Arbeit. Dem Dank an die Verwaltung schließt sich Herr Mühe für den Rat an.

Beschluss:

Der Rat der Stadt stellt die Jahresrechnung 2010 in der vorgelegten Fassung fest und erteilt der Stadtdirektorin Entlastung (§ 129 NKomVG).

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**Zu Punkt 13.: Haushaltsplan und Haushaltssatzung der Stadt Schöppenstedt für das Haushaltsjahr 2012**

RDS-Nr. St17/026 vom 01.02.2012

*Aussch. Wirtsch., Finanz., u. Grundst., 17/001, 13.02.2012, Pt. 3 d. TO
VA 17/004 vom 21.02.2012, Pt. 12 d. TO*

Berichterstatter: Herr Prescher

Nachdem sich Herr Mühe für die intensive Vorbereitung des Haushaltes bei der Verwaltung bedankt hat stellt Herr Bobka fest, dass Herr Prescher die positive Entwicklung des Haushaltes sehr vorsichtig formuliert habe. Man könne auch sagen „Hurra, wir leben noch“. Weiter fasst er die Eckpunkte des Haushaltes unter Bezugnahme auf das vorliegende Zahlenwerk zusammen und deutet auf die positiven Entwicklungen, insbesondere auf die Auswirkungen des Entschuldungsvertrages, hin. Um die Vorgaben des Entschuldungsvertrages zu erfüllen war u.a. eine Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B sowie die Gewerbesteuer erforderlich. Hinsichtlich des im Zuge des Entschuldungsvertrages auf 200.000 € für 13 Gemeinden und zwei Samtgemeinden gedeckelten Neuverschuldungs-Volumens sind die Investitionen für den Bereich der Stadt auf lediglich 19.400 € beschränkt worden. Hier müsse aufgepasst werden, dass keine Folgeschäden durch „kaputt sparen“ auftreten. Negativ habe sich auch die Höhe der Kreisumlage entwickelt, welche um 360.000 € auf nunmehr 1,85 Mio. € erhöht wurde. Hinsichtlich des weit über dem Durchschnitt liegenden Schuldenstandes der Stadt habe man sich hier etwas mehr Feingefühl vom Landkreis erwartet. Insbesondere die Personalkostenerstattungen für Bauhofleistungen (rund 287.000 €) seien stark angestiegen. Hier müsse nach Einsparmöglichkeiten gesucht werden, wozu die SPD-Fraktion ihren Beitrag leisten werde. Herr Bobka unterstreicht, dass seine Fraktion keinesfalls die Vernichtung von Arbeitsplätzen unterstützen werde. Auch der zum 01.12.2011 eingestellte Klimaschutzmanager setzt das beschlossene Konzept professionell um, wodurch positive Entwicklungen erwartet werden. Nachdem Herr Bobka festgestellt hat, dass der Haushalt Hand und Fuß habe, richtet er den Dank der SPD-Fraktion an Herrn Prescher und Frau Naumann sowie alle an der Erstellung des Haushaltes beteiligten Mitarbeiter-/innen des Hauses.

Auch Herr Behrens spricht dem Kämmerer zunächst den Dank der CDU-Fraktion für die übersichtliche Gestaltung des vorliegenden Zahlenwerkes aus. Insbesondere bei der Betrachtung des Finanzhaushaltes werde die Entwicklung nicht so positiv gesehen wie von der SPD-Fraktion. Ohne Einrechnung der ersten ausge-

zahlten Rate der Entschuldungshilfe in Höhe von 596.200 € würde der Überschuss in diesem Jahr nicht 210.200 € betragen. Auch wurden seitens der CDU-Fraktion immer wieder Einsparungsvorschläge eingebracht, die dann nicht bzw. nicht vollumfänglich Berücksichtigung durch die Mehrheitsfraktion fanden. Die Höhe der Kosten für Bauhofleistungen sollten durch zielorientiertes Arbeiten in den Griff zu bekommen sein. Den Eigenanteil an den Kosten für den Klimaschutzmanager müsse nun der Steuerzahler tragen. Diese Maßnahme wurde und wird seitens seiner Fraktion nicht unterstützt, was er weiter begründet. Als weitere Kritikpunkte nennt Herr Behrens das Jugendzentrum/Mehrgenerationenhaus sowie die Eulenspiegelhalle. Beide Einrichtungen seien sehr kostenträchtig. Er unterstreicht wiederholt, dass sich die Stadt Schöppenstedt ein Jugendzentrum in der vorhandenen Größe eigentlich nicht leisten könne.

Herr Mühe weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass zwar Zuschüsse in Höhe von 40.000 € für den Betrieb des Mehrgenerationenhauses entfallen seien, dafür aber eine Mitarbeiterin künftig in der Ganztagsgrundschule eingesetzt werde und die Samtgemeinde die Personalkosten für diese Kraft trage.

Herr Bobka erklärt, dass er bereits davon ausgegangen sei, dass seitens der CDU-Fraktion wieder die Bereiche Jugendzentrum/Mehrgenerationenhaus, Bauhofleistungen und Klimaschutzmanager kritisiert werden. Er stellt fest, dass die CDU-Fraktion aus den vorbezeichneten Gründen heraus immer gegen den Haushalt stimme, ohne eigene Verbesserungsvorschläge einzubringen.

In einer ausführlich sich anschließenden Aussprache, an der sich insbesondere die Herren Behrens, Mühe, Singelmann und Bosse sowie Frau Naumann beteiligen, werden nochmals die unterschiedlichen Haltungen zu den obigen Punkten bekräftigt. Herr Mühe gibt aus dem Arbeitskreis Mehrgenerationenhaus/Jugendzentrum bekannt, dass derzeit über die Einführung von Benutzungsgebühren für Vereine und Verbände diskutiert und nachgedacht werde.

Nachdem keine weiteren Wortbeiträge mehr vorliegen lässt Herr Mühe über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Haushaltsplan und die Haushaltssatzung der Stadt Schöppenstedt für das Haushaltsjahr 2012 sowie die mittelfristige Finanzplanung für den Planungszeitraum 2012 bis 2014 werden in der der RDS-Nr. St17/026 beigefügten Fassung unter Berücksichtigung der ggf. im Rahmen der Haushaltsberatung beschlossenen Änderungen beschlossen.

Das Investitionsprogramm der Stadt Schöppenstedt wird in der dem Haushaltsplan beigefügten Fassung unter Berücksichtigung

der ggf. im Rahmen der Haushaltsberatung beschlossenen Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
Ja 10 Nein 5

Zu Punkt 14.: Neufassung der Satzung über die Gewährung von Aufwands-, Verdienstausfall- und Auslagenentschädigung

*RDS-Nr. St17/021 vom 15.12.2011
 VA 17/003 vom 17.01.2012, Pt. 5 d. TO*

Berichterstatter: Herr Behrens

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Neufassung der Satzung über die Gewährung von Aufwands-, Verdienstausfall- und Auslagenentschädigung gem. der Anlage zur RDS St 17/021, jedoch mit der Maßgabe die Buchstaben c) und d) des § 8 Abs. 1 sowie § 2 Abs. 2 zu streichen und den Satzungstext redaktionell entsprechend anzupassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 15.: Festsetzung von Wertgrenzen für Bau- sowie Liefer- und Dienstleistungsaufträge

*RDS-Nr. St17/025 vom 31.01.2012
 VA 17/04 vom 21.02.2012, Pt. 14 d. TO*

Berichterstatter: Herr Behrens

Beschluss:

Der der RDS St 17/025 beigelegte Gemeinsame Runderlass des Wirtschaftsministeriums, der Nied. Staatskanzlei u. d. übrigen Ministerien v. 25.11.2011 (Anlage) wird für die Stadt Schöppenstedt für anwendbar erklärt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 16.: Benennung weiterer Ratsausschussmitglieder (Hinzugewählte)

Ohne RDS

Herr Behrens benennt für die CDU-Fraktion Hinzugewählte für die im Beschlusstext genannten Ratsausschüsse.

Beschluss:

Aufgrund der durch Herrn Behrens vorgenommenen Benennungen werden die noch offenen Sitze für weitere Ratsausschussmitglieder (Hinzugewählte) gem. § 71 Abs. 5 NkomVG wie folgt besetzt:

Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Grundstücksangelegenheiten: Ulrich Herbst

Jugend-, Sport- und Kulturausschuss: Ilse Böhmer

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 17.: Anfragen und Mitteilungen

Zu Punkt 17.1.: Anfragen und Mitteilungen der Mitglieder

Liegen nicht vor.

Zu Punkt 17.2.: Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung

Liegen nicht vor.

Zu Punkt 18.: Schließung der öffentlichen Sitzung

Herr Mühe schließt mit einem Dank für die Mitarbeit die Sitzung um 20:35 Uhr.

Zu Punkt 19.: Einwohnerfragestunde

Mitglieder der CDU-Fraktion beantworten an sie gerichtete Fragen zu den Themen Mehrgenerationenhaus/Jugendzentrum und Resolution des Rates zum Thema ASSE II (Herr Kramer/Frau Reisner).

Der Vorsitzende

Der Protokollführer

Die Stadtdirektorin

Mühe

Markworth

Naumann